



Landeshauptstadt München, Kreisverwaltungsreferat
Ruppertstraße 19, 80466 München

**Hauptabteilung I Sicherheit und
Ordnung, Prävention Waffen, Jagd,
Fischerei
KVR-I/211**

Ruppertstraße 19
80466 München
Telefon: 089 233-
Telefax: 089 233-989
Dienstgebäude:
Ruppertstraße 11
Zimmer:
Sachbearbeitung:

I.

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum
21.03.2024

Silvesterknallerei zur Jahreswende

Anfrage Nr. 20-26 / Q 00382

Sehr geehrter ,

Ihre bei der Bürgerversammlung des 21. Stadtbezirks Pasing-Obermenzing gerichtete Anfrage vom 29.02.2024 – Abschuss von Raketen zwischen Wohnblocks, Umweltverschmutzung und Haftung - wurde unserer Behörde zur Beantwortung zugeleitet.

Hierzu dürfen wir Ihnen Folgendes mitteilen:

Für den Vollzug des Sprengstoffgesetzes - das unter anderem die Verwendung von Feuerwerkskörpern regelt - ist das Kreisverwaltungsreferat, Hauptabteilung I/21 die zuständige Dienststelle der Landeshauptstadt München.

Uns ist bewusst, dass es ein Ärgernis darstellt, wenn Feuerwerkskörper schon weit vor und auch noch nach Silvester abgebrannt werden.

Hierzu können wir Ihnen sagen, dass die Verwendung von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie 2 in der Zeit vom 02. Januar, 0.00 Uhr bis 30. Dezember, 24.00 Uhr jeden Jahres kraft Gesetzes (§ 23 Abs. 2 Satz 1 der 1. Sprengstoffverordnung) grundsätzlich verboten ist (Ausnahmebewilligungen sind möglich).

Verstöße gegen dieses Verbot stellen Ordnungswidrigkeiten dar und können gemäß § 46 Nr. 8b der 1. Sprengstoffverordnung in Verbindung mit § 41 Abs. 1 Nr. 16 des Sprengstoffgesetzes mit einer Geldbuße geahndet werden.

Eine Anzeige kann z.B. bei der Polizei unter der Rufnummer 110 erfolgen. Wichtig für die Anzeige ist, dass die Täter identifiziert, das heißt namentlich mit Wohnanschrift benannt

werden können. Es ist zudem von Bedeutung, wenn andere Personen die Vorgänge bezeugen können.

Wie Sie dem oben genannten Verbot jedoch im Umkehrschluss entnehmen können, ist das Verwenden (Abbrennen) pyrotechnischer Gegenstände der Kategorie 2 am 31. Dezember und am 01. Januar eines jeden Jahres grundsätzlich erlaubt. Eine Einschränkung der Zulässigkeit des Abbrennens pyrotechnischer Gegenstände der Kategorie 2 an Silvester und Neujahr besteht nach den sprengstoffrechtlichen Bestimmungen nur noch in folgenden Punkten:

- Personen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr dürfen auch am 31. Dezember und am 01. Januar pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 nicht abbrennen.
- Das Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände in der unmittelbaren Nähe von Kirchen, Krankenhäusern, Kinder- und Altenheimen sowie besonders brandempfindlichen Gebäuden und Anlagen (z.B. Reet- und Fachwerkhäuser) ist auch am 31. Dezember und am 01. Januar verboten. Unter unmittelbarer Nähe ist der Bereich zu verstehen, innerhalb dessen beim Abbrennen der pyrotechnischen Gegenstände eine Lärmbelästigung bzw. Gefahr für die genannten Objekte entsteht.
- Beim Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen sind die aufgedruckten Verwendungshinweise zu beachten.

Verstöße gegen diese Einschränkungen können ebenfalls nach den oben genannten Bestimmungen mit einer Geldbuße belegt werden.

Aufgrund dieser eindeutigen Regelungen des Gesetzgebers besteht seitens der Verwaltung keine Möglichkeit hier selbständig über den vorgegebenen Rahmen hinaus tätig zu werden.

Einwände wegen der Verschmutzung der Straßen, der Lärmbelästigung und der Feinstaubbelastung sind nachvollziehbar, können aber unseres Erachtens nicht für ein Verbot von Feuerwerkskörpern herangezogen werden, da dies nur einen Teilaspekt darstellt.

Im Folgenden zitieren wir aus den Stellungnahmen des Referats für Gesundheit und Umwelt, Projektteam Luftreinhaltung, (neu: Referat für Klima- und Umweltschutz), der Unteren Naturschutzbehörde sowie des Veterinäramtes, um die rechtlichen und tatsächlichen Hintergründe bezüglich der Einhaltung von umweltschutz- und immissionsschutzrechtlichen sowie der naturschutzfachlichen Vorschriften darzustellen:

1. Immissionsschutz

a) Lärmvorsorge und Luftreinhaltung

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) gibt den Bundesländern die Möglichkeit, den Kommunen den Erlass von ortsrechtlichen Vorschriften, zum Schutz vor schädlichen Einwirkungen durch Luftverunreinigungen oder Geräuschen, zu gestatten (§ 49 Abs. 3 BImSchG).

Der Freistaat Bayern hat von dieser Möglichkeit in Art. 10 Abs. 1 des Bayerischen Immissionsschutzgesetzes Gebrauch gemacht. Nach dieser Vorschrift können aber nur die Errichtung und der Betrieb von Anlagen und die Verwendung bestimmter Brennstoffe verboten oder beschränkt werden. Feuerwerkskörper erfüllen jedoch weder den immissionsschutzrechtlichen Anlagenbegriff (definiert in § 3 Abs. 5 BImSchG), noch stellen sie einen Brennstoff dar.

b) Feinstaub

Davon abgesehen hat der Bundesgesetzgeber auf Grundlage von EU-Richtlinien zwei

Grenzwerte für Feinstaub (PM10 und PM2,5) festgelegt:

- Jahresmittelwert: 40 µg/m³ (PM10) bzw. 25 µg/m³ (PM2,5)
- Tagesmittelwert: 50 µg/m³ (dieser Wert darf 35 mal pro Kalenderjahr überschritten werden)

Im Hinblick auf den Grenzwert für den Tagesmittelwert ist festzuhalten, dass dieser aufgrund von Feuerwerken unter Umständen überschritten werden kann, was an Silvester oft der Fall ist. Jedoch wird selbst nach dem Silvesterfeuerwerk der Grenzwert innerhalb von 24 Stunden wieder eingehalten.

Wie Sie aus den vorstehenden Grenzwerten entnehmen können, fehlt bezüglich des Aspektes der Luftreinhalteplanung jegliche gesetzliche Grundlage, gegen solche Feuerwerke vorzugehen. Bei dem Grenzwert für den Tagesmittelwert wird nicht nach Höhe des Wertes unterschieden, sondern lediglich die Überschreitung des Wertes von 50 µg/m³ gewertet. Dieser Wert darf 35-mal pro Kalenderjahr überschritten werden. Das ist durch das Abbrennen von Feuerwerken lediglich kurzzeitig an Silvester der Fall.

Ein Verbot des Abbrennens von Feuerwerkskörpern an Silvester ist somit auf Basis des Immissionsschutzrechtes nicht möglich.

2. Naturschutz

Aus naturschutzfachlicher Sicht gibt es keine Möglichkeiten u.a. entlang der Isarau, welche als Landschaftsschutzgebiet geschützt sind, Feuerwerke zu verbieten oder Verbotszonen einzurichten. Das Einrichten solcher Ruhezeiten ist nur zulässig, wenn sie geeignet sind, die Störung für Tiere, Pflanzen und Lebensräume deutlich und nachvollziehbar zu vermindern. Sie müssten demnach so groß sein, dass die Tiere vom außerhalb der Zone stattfindenden Feuerwerk nicht gestört werden. Aufgrund der hohen Anzahl an Zugängen ist es problematisch ein solches Verbot effizient umzusetzen und zu kontrollieren. Selbst wenn dies gelingt, würde weiterhin die mit Feinstaub belastete Luft in die Verbotszonen gelangen, weshalb die gewünschte Störminderung ausbleibt. Es ist zudem zu erwarten, dass die Feuerwerke an anderer Stelle abgebrannt werden und sich somit die Gesamtmenge nicht verringern wird.

Die Abfallablagerungen an Silvester spielen in den Isarauen im Gesamtjahresvergleich eine eher untergeordnete Rolle. Gleiches gilt für die Brandgefahr, welche größtenteils durch die Witterung beeinflusst wird. Die Brandgefahr sowie das Müllaufkommen sind in den Sommermonaten deutlich höher als zum Jahreswechsel.

In den Landschaftsschutzgebieten werden bestimmte Handlungen unter Erlaubnisvorbehalt gestellt, wenn sie den Gebietscharakter verändern oder konkret benannte Schutzgüter beeinträchtigen können. Das Abbrennen von Silvesterfeuerwerk kann dies nicht herbeiführen, da es u.a. außerhalb von besonders kritischen Zeiten (Brutzeiten) stattfindet.

Darüber hinaus ermächtigt das Naturschutzrecht nicht zur Festlegung von Flächen, in denen Feuerwerke nicht abgebrannt werden dürfen.

3. Tierschutz, Einordnung durch das Veterinäramt

Dass Tiere von der „Silvesterknallerei“ besonders betroffen sind, steht außer Frage. Um den Stress für Haustiere zu verringern, sollten Fenster, Türen und Rollläden geschlossen werden und die Tiere in ihrer gewohnten Umgebung auch mit Rückzugsflächen belassen werden.

Das Städtische Veterinäramt hat eine Publikation mit der Überschrift "Tierschutz und Feuerwerk" aus der Fachzeitschrift „Amtstierärztlicher Dienst und Lebensmittelkontrolle“, Ausgabe 1/2002, zur Verfügung gestellt. Bei der gezielten Suche nach wissenschaftlichen Untersuchungen über das Verhalten von Tieren in der Stadt während des Silvesterfeuerwerks konnten einschlägige Literatur bzw. Veröffentlichungen aber nicht vorgefunden werden. Der Verfasser der oben genannten Veröffentlichung wurde von einem Landkreis um eine gutachterliche Stellungnahme zu einem Höhenfeuerwerk gebeten, das regelmäßig im Spätsommer in der Nähe eines Tierparks abgebrannt wurde. Die Feuerwerkskörper wurden in der Zeit von 22:00 - 22:12 Uhr von einem Platz aus abgeschossen, der ca. 500 m Luftlinie vom Tierpark entfernt liegt. Die überwiegende Zahl der beobachteten Tiere (Schweine, Enten, Schwarzwild, Ziegen, Mufflon, Greifvögel) beruhigte sich nach anfänglicher Unruhe und teilweiser Orientierungslosigkeit noch im Laufe des Feuerwerks (nach etwa zwei Minuten) und fing vereinzelt sogar wieder an zu fressen. Das Rotwild war während des gesamten Feuerwerks gering- bis mittelgradig beunruhigt.

Tiere reagieren auf gewohnte optische oder akustische Reize in adäquater Weise. Sie wissen diese Reize in ihr Lebensumfeld einzuordnen, ohne in Angst oder Panik zu verfallen. Ungewohnte oder inadäquate Reize erzeugen hingegen Angst und führen zu überzogenen (inadäquaten) Reaktionen wie Panik, kopfloses Davonstürzen, Anrennen oder Anfliegen gegen Hindernisse. Reize, die beim Abbrennen eines Feuerwerks auf die Tiere einwirken, sind zweifelsohne inadäquat. Ausweichen durch Flucht ist für gegatterte oder in Volieren gehaltene Tiere nur sehr begrenzt möglich. Gemindert werden kann die Wirkung auf die Tiere dadurch, dass man sie mindestens für die Zeit des Ereignisses z.B. in beleuchteten Räumen unterbringt. Wichtig ist, dass der Stall bzw. Raum den Tieren vertraut ist.

Nach Auffassung des Autors fügten die im Verlauf des Feuerwerks auf die Tiere des begutachteten Tierparks einwirkenden optischen und akustischen Reize den Tieren länger anhaltende Leiden zu, die vermeidbar oder zumindest minimierbar wären, sofern ein entsprechender Sicherheitsabstand eingehalten wird. Unter den gegebenen besonderen landschaftlichen Verhältnissen (kesselartige Tallage, Echobildung durch Reflexion des Schalls von den umgebenden Hängen) empfiehlt der Verfasser einen Sicherheitsabstand von 1.000 m zum Tierpark, um auch eine Abdrift der Feuerwerkskörper in Richtung Tierpark bei erhöhter Luftbewegung sicher auszuschließen.

In Bezug auf den Münchner Tierpark Hellabrunn liegen dem Städtischen Veterinäramt München bislang keine konkreten Hinweise vor, dass das Silvesterfeuerwerk trotz betrieblicher Vorkehrungen zum Schutz der Tiere (z.B. Verbringen der Tiere in die Innenbereiche der Gehege) eine übermäßig hohe, langanhaltende und nicht mehr zumutbare Belastung für die dort gehaltenen Tiere darstellt. Wenngleich ein angemessener Sicherheitsabstand beim Abfeuern von Raketen und Zünden von Knallkörpern zum Tierpark grundsätzlich begrüßenswert ist, können Absperrungen aus tierschutzfachlicher Sicht daher nicht zwingend gefordert werden.

Natürlich beeinträchtigen Feuerwerkskörper und Böller an Silvester auch Tiere in freier Wildbahn. Es ist jedoch zu erwarten, dass sich insbesondere die Wildvögel zurückziehen, sollte die Ausnahmesituation an Silvester für sie zu unangenehm werden.

Anlässlich eines Sommer-Feuerwerks auf der Trabrennbahn München-Daglfing im Jahr 2010 suchte das Veterinäramt drei Tierhaltungen (u.a. Tierheim München, Galopprennbahn München Riem) auf, um festzustellen, welche Auswirkungen die pyrotechnische Veranstaltung auf das Verhalten der in unmittelbarer Nähe gehaltenen Tiere, vor allem Pferde hat. Alle Tierhalter waren über diese Veranstaltung rechtzeitig informiert und hatten Maßnahmen wie oben beschrieben ergriffen, um die Belastung der Tiere auf ein vertretbares Maß zu reduzieren. Aus den Beobachtungen des Veterinäramtes ergaben sich keine Hinweise auf erhebliche Leiden, Schmerzen oder Schäden bei den Tieren.

Nicht wenige Hunde ängstigen sich stark vor bestimmten Geräuschen und sind besonders rund um Silvester großem Stress ausgesetzt. Viele Besitzer wissen um die Geräuschphobie ihrer Hunde beim Knallen von Feuerwerkskörpern an Silvester. In solchen Fällen kann der Hundehalter fachkundige Hilfe bei einem/einer verhaltenstherapeutisch tätigen Tierarzt/Tierärztin suchen. Diese(r) stellt dann einen individuellen Maßnahmenplan für den geräuschempfindlichen Hund zusammen, so dass der Hund das Knallen an Silvester weitgehend stressfrei übersteht.

Im Ergebnis gibt es derzeit aus tierschutzfachlicher Sicht keine zwingenden Gründe, ausgewählte Verbotszonen für das Silvester-Feuerwerk auszuweisen.

4. Gesetzliche Grundlagen eines generellen Verbots über das Abbrennen von Feuerwerkskörpern aus Rücksichtnahme der Geflüchteten und Opfer des russischen Angriffskriegs in der Ukraine gibt es nicht. Ein Handeln ohne gesetzliche Grundlage ist nicht zulässig. Daher würde auch ein darin begründetes Verbot einer verwaltungsgerichtlichen Überprüfung nicht standhalten.

Bereits getroffene Maßnahmen und einschlägige Rechtsgrundlagen

1. Es wurde bereits aufgrund § 24 Abs. 2 Nr. 2 1. SprengV eine Allgemeinverfügung zum Verbot des Abbrennens von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie F2 mit ausschließlicher Knallwirkung innerhalb des Mittleren Rings erlassen. Ein Verbot im kompletten Stadtgebiet kann nicht erfolgen, da eine solche Ausweitung nicht verhältnismäßig wäre. Zudem besteht eben nur die Möglichkeit das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen mit ausschließlicher Knallwirkung zu verbieten. Hierzu zählen z.B. die klassischen Silvesterböller, Raketen, Fontänen, Vulkane, Feuerwerksbatterien und sonstige pyrotechnische Gegenstände der Kategorie F2, welche durchaus auch eine Knallwirkung entfalten können aber auch optische Effekte haben, können entsprechend der genannten Vorschrift nicht verboten werden. Folglich dürfen diese Gegenstände (bis auf spezielle Ausnahmen, dazu unten mehr) auch innerhalb des Mittleren Rings abgebrannt werden.

Aufgrund der eindeutigen Regelungen des Gesetzgebers besteht seitens der Kreisverwaltungsbehörde keine Möglichkeit hier selbständig über den vorgegebenen Rahmen des Sprengstoffrechts hinaus tätig zu werden, und die Verwendung pyrotechnischer Gegenstände der Kategorie F2 weiter einzuschränken bzw. gänzlich zu verbieten. Ein stadtweites Verbot von Feuerwerkskörpern würde einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten.

2. Die rechtliche Grundlage zum Erlass der Allgemeinverfügung über das Verbot des Mitführens und Abbrennens von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorien F2, F3, F4 sowie sonstiger pyrotechnischer Gegenstände im Sinne von § 3a des Sprengstoffgesetzes im Gebiet

vom Marienplatz/-hof bis Stachus stellt das Landesstraf- und Verordnungsgesetz dar. Aufgrund von Sicherheitsbedenken und der Situation im genannten Gebiet aus den Vorjahren konnte zur Vermeidung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung das Verbot erlassen werden.

3. Das Abbrennverbot von pyrotechnischen Gegenständen der Kategorie F2 auf dem Viktualienmarkt erfolgte aufgrund von § 2 Abs. 2 der Markthallen-Satzung, welcher die Markthallen München berechtigt zur Gewährleistung des Brandschutzes Allgemeinverfügungen zu erlassen. Zwar wurden in den Vorjahren wenig pyrotechnische Gegenstände auf dem Viktualienmarkt abgebrannt. Man befürchtete jedoch aufgrund des Verbots am Marienplatz eine dahingehende Verlagerung. Um die erhebliche Anzahl an historischen Marktständen, welche aus Holz errichtet sind, vor der oftmals unsachgemäßen Verwendung von Feuerwerkskörpern zu schützen, wurde das Verbot erlassen.

Die hierzu ergangenen Beschlüsse sowie dazu ausführliche Begründungen und Stellungnahmen der betroffenen Referate können Sie im Ratsinformationssystem der Landeshauptstadt München unter folgenden Überschriften und Internetadressen einsehen.

„Schaffung rechtlicher Voraussetzungen zur Einrichtung von Feuerwerksverbotszonen in München“ (im Kreisverwaltungsausschuss am 23.07.2019 behandelt).

https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_vorlagen_dokumente.jsp?risid=5390066

„Feuerwerk im Stadtgebiet weiter einschränken Tiere im Tierpark Hellabrunn durch örtliche Abbrennverbote von pyrotechnischen Gegenständen und Grillverbote im unmittelbaren Umfeld des Tierparks besser schützen“ (im Kreisverwaltungsausschuss am 17.11.2020 behandelt).

https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_vorlagen_ergebnisse.jsp?risid=6125903.

Perspektiven

Damit den Kommunen die rechtlichen Grundlagen zum Erlass von Allgemeinverfügungen zum Verbot des Abbrennens von pyrotechnischen Gegenständen, welche über den Handlungsrahmen des § 24 Abs. 2 1. SprengV hinausgehen, zur Verfügung gestellt werden, hat sich Herr Oberbürgermeister Reiter bereits am 27.08.2019 an den Deutschen Städtetag gewandt. Dieser hat bereits mitgeteilt, dass er die Initiative des Oberbürgermeisters unterstützt und weiter diskutiert.

Zudem wurde zuletzt mit Schreiben vom 26.11.2021 an das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat herangetreten, welches mitgeteilt hat, dass der gesetzgeberische Handlungsbedarf fortlaufend geprüft wird. Es wurde bereits eine Arbeitsgruppe gebildet, welche unter Einbindung der für den Vollzug des Sprengstoffrechts zuständigen Länder sowie fachlich betroffener Bundesressorts das Sprengstoffrecht überarbeitet. Es ist geplant innerhalb der aktuellen Legislaturperiode einen Gesetzesentwurf in den Bundestag einzubringen.

Zur Kenntnis teilen wir Ihnen noch mit, dass mit Schreiben von der Bundesinnenministerin, Frau Nancy Faeser, an den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Herrn Helmut Dedy, vom 10.01.2024 mitgeteilt wurde, dass derzeit weder in der Bevölkerung noch in den Ländern oder Parteien in der Wahrnehmung des Bundesinnenministeriums eine klare Mehrheit für eine Erweiterung der Verbotsmöglichkeiten erkennbar sei. Im Bundesrat sei eine Plenarbefassung mit einem Antrag Berlins nach Art. 80 Abs. 3 des Grundgesetzes, der darauf abzielt, durch die Streichung der Worte „mit ausschließlicher Knallwirkung“ aus § 24 Abs. 2 Satz 1 der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz den Kommunen weitergehende, auch

umfassende Feuerwerksverbote zu ermöglichen (vgl. BR-Drs. 617/19 vom 15. November 2019) nach uneinheitlichen Voten in den Ausschüssen bereits zweimal, zuletzt im Februar 2020, vertagt worden.

Bezüglich der Haftung teilen wir Ihnen mit, dass hierfür grundsätzlich der Verursacher für von Ihm verursachte Schäden haftet.

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Ausführungen geholfen zu haben und stehen für weitere Rückfragen gerne zur Verfügung.